

Bekanntnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention einen vorläufigen Höhepunkt erreiche.

Balducci fragt, ob die politische Integration der EU neben der gemeinsamen auch die Außenpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten beeinflusst. Auf der Grundlage des konstruktivistischen Ansatzes der „normative power“ untersucht er die Politik der EU und vier ihrer Mitgliedsstaaten gegenüber China. Auch wenn der Vergleich aufgrund der Vielzahl von Akteuren und Politikfeldern eher oberflächlich bleibt, kommt Balducci zu dem interessanten Fazit, dass der normative Einfluss der Union zur Koordination der Außenpolitik der Mitglieder begrenzt ist und viel stärker rationale Erwägungen wie die Angst vor Sanktionen Chinas oder – wie im Falle des Waffenembargos gegen die Volksrepublik – der USA die Politik trieben.

Jian untersucht, welche Mittel der EU zur Transmission von Menschenrechten nach Afrika zur Verfügung stehen. Er sieht die EU als eine normative Macht, die ihre Werte mit den Strategien der Anziehung, der Überzeugung und des Zwangs global verbreiten will. In Afrika müsse sich die EU zwei großen Herausforderungen stellen, zum einen der Überwindung kultureller Unterschiede zwischen Sender und Empfänger und zum anderen der Konkurrenz um „soft power“ mit den USA und dem chinesischen Entwicklungsmodell. Der Sammelband schließt mit einem Artikel von Yang zur Geschlechtergleichheit in China und der EU. Insgesamt fällt die Qualität der einzelnen Beiträge sehr unterschiedlich aus. Die meisten Beiträge bieten allerdings gute Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen.

Jan Martin Vogel

Dirk Nabers (Hg.): Multilaterale Institutionen in Ostasien-Pazifik

Wiesbaden: VS-Verlag, 2010. 243 S., EUR 40,00

Laut Herausgeber Dirk Nabers, Senior Research Fellow und Leiter des Forschungs-

schwerpunkt, Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen am German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg, ist der Sammelband das „Ergebnis eines Jahrzehnts der Forschung zu Fragen der internationalen Politik in Ostasien“. Der Band umfasst sechs Artikel zu je einer multilateralen Institution in Ostasien, beginnend mit einem Beitrag von Bernhard Stahl (Universität Düsseldorf) zur Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (ASEAN). Im Rahmen einer „deskriptiv-analytischen Bestimmung der Institutionalisierung“ diskutiert Stahl zwei Fallbeispiele, die ASEAN Free Trade Area (AFTA) und die Konflikte mit der EU in Menschenrechtsfragen. Wie auch im zweiten Teil, in dem der Autor den Versuch einer „Bewertung der ASEAN“ unternimmt, ist sein Blick für die Diskrepanzen zwischen Selbstbeschreibung und objektiv überprüfbareren Ergebnissen der Integrationsbemühungen in Südostasien stets geschärft. So wirft er die angesichts der institutionellen Schwächen der ASEAN treffende Frage auf, warum es zu einer „Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration in den letzten zehn Jahren“ gekommen ist und beantwortet sie mit einer Aufzählung verschiedener „institutioneller Stärkungen“ der ASEAN (S. 33). Er lässt an dieser Stelle dann aber einen Hinweis auf die bedeutende Rolle vermissen, die insbesondere japanische transnationale Unternehmen bei der Entwicklung und Implementierung der AFTA gespielt haben (vgl. Hidetaka – nicht Hidetake wie fälschlich in Fn. 72 - Yoshimatsu in: Review of International Political Economy, 9/1, 2002). Dies ist kein empirisches Detail; der Nachweis solcher exogener Interventionen stellt analytisch das zentrale Bindeglied dar zwischen den „weltwirtschaftlichen Entwicklungen“ und der regionalen Handlungsebene und ist somit auch integrationstheoretisch von Bedeutung. Stahl schließt: „Die ASEAN ist und bleibt ein kostengünstiges und somit effizientes (nicht unbedingt effektives!) Instrument der Mitgliedstaaten zur Verfolgung ihrer nationalen Ziele, zur Mehrung von

Wohlstand und der Aufrechterhaltung des Status Quo in Südostasien“ (S. 52). In der anschließenden „Regimeanalyse“ von Lisa Srikiow wird der Konsultations- und Kooperationsprozess der südostasiatischen Länder mit China, Japan und Südkorea (ASEAN+3) der ASEAN gegenübergestellt, als handle es sich um konkurrierende resp. zusammenarbeitende „Gremien“ (S. 67) und nicht um eine Erweiterung eines ASEAN-basierten mehrstufigen Systems, was zu Missverständnissen einlädt.

Die Beiträge zu den Sechsparteiengesprächen auf der koreanischen Halbinsel (von Sebastian Harnisch und Martin Wagener), zum Asia-Europe-Meeting (ASEM) und der Asia-Pacific Cooperation (APEC, beide von Hanns W. Maull) sind konzise, solide Analysen der jeweiligen transregionalen Institutionen. Harnisch und Wagener suchen nach den Ursachen für das Scheitern der Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), der ersten multilateralen „Sicherheitsinstitution“ in Nordostasien, und ihrer Ersetzung durch die zu einem deutlich geringeren Grad institutionalisierten Sechsparteiengespräche. Sie erklären diese „paradoxe Institutionenentwicklung“ aus einer liberal-institutionalistischen Perspektive heraus, die die Herausbildung resp. Veränderung von innerstaatlichen Akteurskonstellationen ins Zentrum rückt. Demnach ist das Ende der KEDO „der mangelnden Fähigkeit bzw. dem mangelnden innenpolitisch gestützten Willen zur Durchführung des Genfer Rahmenabkommens in den USA und Nordkorea“ (S. 173) geschuldet. Im Falle der APEC fragt Maull nach den Gründen für die „institutionelle Kontinuität trotz relativer Bedeutungslosigkeit“. Er diskutiert neben strukturellen Differenzen auch Funktionen, die die APEC jenseits oder am Rande ihrer (weitgehend gescheiterten) offiziellen Agenda erfüllte, etwa die regelmäßige Schaffung von Gelegenheiten für bi- und multilaterale Gespräche, die Mobilisierung von „public policy networks“ und die Erzeugung von Handlungsdruck im Hinblick auf innenpolitische Reformen (S. 228ff). Auch

in Bezug auf ASEM sieht Maull vor allem unrealisiertes Potenzial. Was den Europäern ursprünglich als Gegengewicht zur transpazifischen APEC dienen sollte (S. 184), entwickelte sich zu einem „dynamischen, aber auch recht diffusen Dialog- und Interaktionsprozess“ zwischen der EU und Ostasien (S. 181). Ryōma Sakaeda – dessen institutionellen Hintergrund man im Internet recherchieren muss, da er im Autorenverzeichnis nicht aufgeführt wird – berichtete Ähnliches im Falle des 1994 gegründeten ASEAN Regional Forum (ARF).

Dem Herausgeber ist beizupflichten, dass „heute so etwas wie ein ‚politischer Komplex Ostasien‘ an Konturen gewinnt“ (S. 7). Der besprochene Sammelband hält den diesbezüglichen Stand des Wissens bis Mitte 2009 fest und eignet sich (trotz des fehlenden Registers) aufgrund der systematischen und gut gegliederten Struktur der Beiträge als Handbuch für das Studium dieses „politischen Komplexes“ aus institutionalistischer Sicht, auch wenn einige theoretische Fragen noch nicht befriedigend gelöst sind. Verdienstvoll ist in dieser Hinsicht die Synopse von Dirk Nabers und Philipp Forstner am Ende des Bandes, die die vorgelegten Befunde aus der Sicht verschiedener Theorieansätze noch einmal reflektieren.

Patrick Ziltener

Sebastian Buciak, Rüdiger von Dehn (Hgg.): Indien und Pakistan. Atom-mächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen.

Berlin: Verlag Dr. Köster, 2010. 532 S., EUR 39,80

Sebastian Buciak und Rüdiger von Dehn versammeln in ihrem Herausgeberwerk Artikel von überwiegend jüngeren Vertreterinnen und Vertretern der Südasienforschung. Hierbei wird einer neuen, noch wenig etablierten Generation ein Forum gegeben, ihre Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren und damit die akademische Diskussion um interessante